



„Darum lohnt sich die SZ/BZ heute besonders für Sie.“

MARTINA KALUS
Redakteurin

Gasflaschen werden zur Hamsterware



Nicht das Gas ist das Problem, die Flasche macht Sorgen. Händlern im Kreis Böblingen geht der Nachschub aus, weil Menschen die Behälter bunkern, um sich dadurch Gasvorräte anlegen zu können (Bild: Greck/A). Seite 9

Der Goldberg hat kein Firenze mehr



23 Jahre lang war Salvatore Magalù der Mann für das Eis und den Fußball auf dem Sindelfinger Goldberg. Jetzt geht diese Geschichte zu Ende. Dabei gibt es manches feuchte Auge (Bild: Dettenmeyer/A). Seite 11

Eine Sindelfingerin fliegt zur WM



Vom 15. bis 24. Juli werden in den USA die Leichtathletik-Weltmeisterschaften ausgetragen. Carolina Krafzik ist dabei. Die Sindelfinger Hürdenläuferin hat die Norm gleich doppelt erfüllt. Seite 23

Börse



Wetter Seite 16



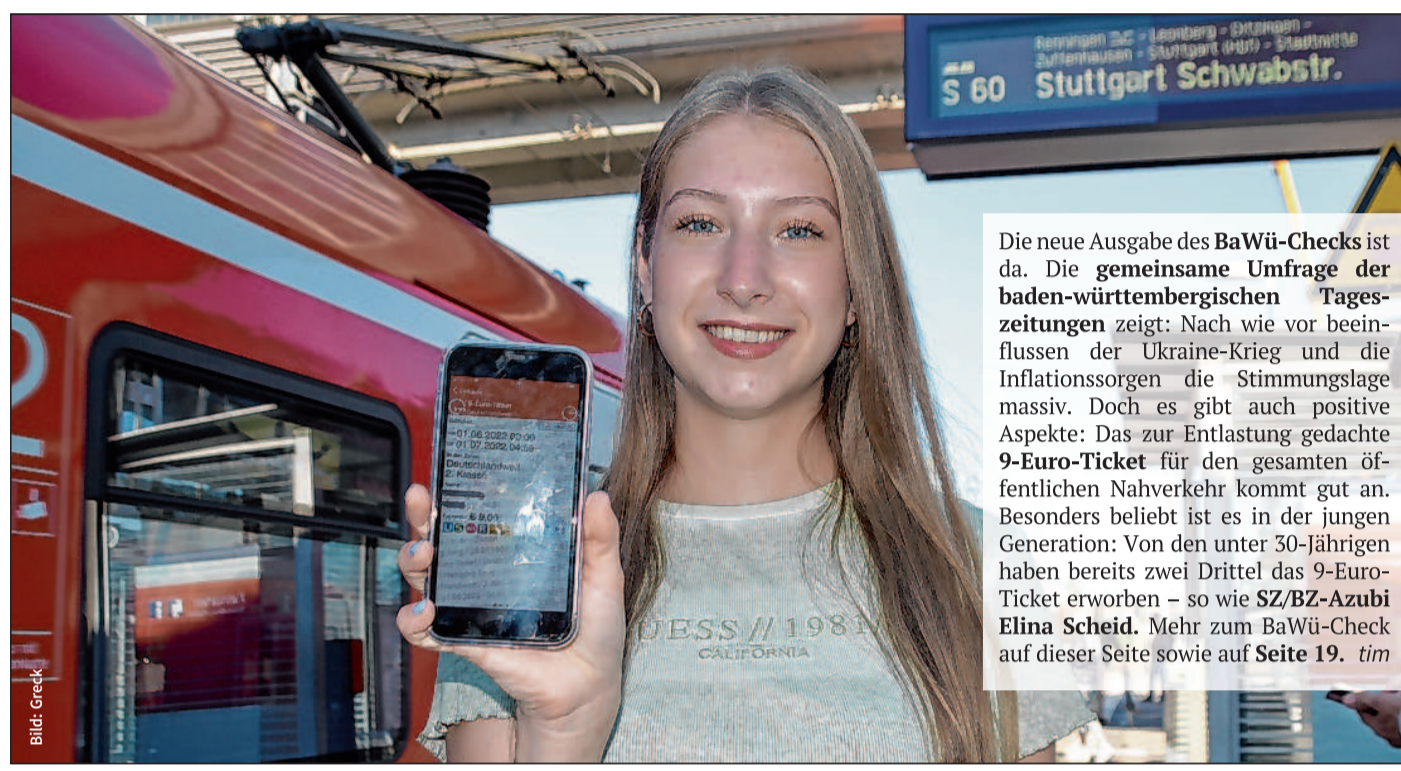
Es wird wieder überwiegend sonnig und niederschlagsfrei

Service

Anschrift: Röhm Verlag & Medien GmbH
Böblinger Straße 76
71065 Sindelfingen
Telefon: 0 70 31 / 862 - 0
Redaktion: 0 70 31 / 862 - 210
Kleinanzeigen: 0 70 31 / 862 - 232
LeserService: 0 70 31 / 862 - 252
Internet: www.szbz.de



Das 9-Euro-Ticket lockt die Jungen



Die neue Ausgabe des BaWü-Checks ist da. Die gemeinsame Umfrage der baden-württembergischen Tageszeitungen zeigt: Nach wie vor beeinflussen der Ukraine-Krieg und die Inflations Sorgen die Stimmungslage massiv. Doch es gibt auch positive Aspekte: Das zur Entlastung gedachte 9-Euro-Ticket für den gesamten öffentlichen Nahverkehr kommt gut an. Besonders beliebt ist es in der jungen Generation: Von den unter 30-Jährigen haben bereits zwei Drittel das 9-Euro-Ticket erworben – so wie SZ/BZ-Azubi Elina Scheid. Mehr zum BaWü-Check auf dieser Seite sowie auf Seite 19. tim

Viele Bürger im Land schnallen den Gürtel bereits enger

BaWü-Check Eine neue Umfrage der Südwestverlage belegt: Die meisten Baden-Württemberger üben wegen der hohen Inflation Konsumverzicht – und die Zukunftssorgen wachsen insgesamt.

VON RAINER PÖRTNER

STUTTGART. Die meisten Bürger in Baden-Württemberg fühlen sich durch die aktuellen Preissteigerungen stark belastet. Viele schränken sich bereits deutlich ein und üben Konsumverzicht, um die Folgen der Inflation für sich persönlich abzufedern. Dies sind zwei zentrale Erkenntnisse des neuen BaWü-Checks, einer Untersuchung des Allensbach-Instituts im Auftrag der baden-württembergischen Zeitungsverlage.

Siebzehn Prozent der befragten Baden-Württemberger sagen, dass sie die gestiegenen Preise als starke oder sogar sehr starke Belastung empfinden. Davon nehmen 24 Prozent die Inflation als besonders gravierend wahr. Auch wenn die Preissteigerungen nahezu jeder spürt, ist die persönliche Betroffenheit sehr unterschiedlich: In den unteren Einkommensgruppen fühlen sich 82 Prozent sehr stark oder stark belastet, in den höheren Einkommensgruppen deutlich weniger – nämlich 56 Prozent.

Als besondere Zumutung empfindet die Bevölkerung die höheren Kosten für Benzin,

70

Prozent der befragten Baden-Württemberger fühlen sich durch die Preissteigerungen der letzten Monate stark oder sogar sehr stark belastet.

7,6

Prozent – um diesen Wert stiegen die Verbraucherpreise im Juni nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamts im Vergleich zum Vorjahr.

Strom, Lebensmittel und Heizen. Entsprechend versucht ein Großteil von ihnen, gerade hier sparsamer zu sein. 53 Prozent schränken sich derzeit beim Autofahren ein, indem sie versuchen, Sprit zu sparen. 51 Prozent haben ihre Restaurantbesuche reduziert, 48 Prozent schränken sich beim Kauf von Kleidung ein, 44 Prozent beim Urlaub und 43 Prozent beim Kauf von Lebensmitteln. Ebenso viele drosseln ihren Stromverbrauch oder unternehmen weniger in ihrer Freizeit.

Im Juni stiegen die Verbraucherpreise in Deutschland um 7,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Im Mai hatte die Inflationsrate bei 7,9 Prozent gelegen. Möglicherweise haben staatliche Maßnahmen wie der Tankrabbat und das Neun-Euro-Ticket einen weiteren Anstieg der Inflation verhindert. Die Experten rechnen aber noch auf längere Sicht mit hohen Inflationsraten. Bundeskanzler Olaf Scholz hatte am Montag eine konzentrierte Aktion von Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgebern gestartet, mit der die schädlichen Wirkungen der Inflation abgemildert werden sollen.

Leitartikel

Staat will angeschlagenen Energieversorgern helfen

Das Energiesicherungsgesetz soll geändert werden. Ziel sei es mit Blick auf den Winter, die „grundlegende Versorgung aufrechtzuerhalten“.

BERLIN. Das Bundeskabinett hat Änderungen am Energiesicherungsgesetz beschlossen. Die Gasversorgung im Fall sich verschärfender Bedingungen soll gesichert werden. „Die Lage am Gasmarkt ist angespannt, und wir können eine Verschlechterung der Situation leider nicht ausschließen“, sagte Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne). Es gehe darum, im Winter die „grundlegende Versorgung aufrechtzuerhalten und die Energiemärkte, solange es geht, am Laufen zu halten“. Der Bundestag soll sich nun mit der Gesetzesänderung befassen.

Vorgesehen ist zum einen ein Schutzschirm für Energiefirmen, die der kritischen Infrastruktur zugerechnet werden – dazu sollen Stabilisierungsmaßnahmen bis hin zum Einstieg des Staates vereinfacht werden. Zum anderen soll es Energieversorgern entlang der Lieferkette, die von hohen Preisen betroffen sind, ermöglicht werden, die

hohen Preise weiterzugeben. Es gibt bereits einen solchen Preismechanismus im Energiesicherungsgesetz, nun soll es auch einen Umlagemechanismus geben, bei dem die Mehrkosten für die Ersatzbeschaffung von Gas über eine Umlage auf alle Gaskunden verteilt werden. Beide Mechanismen zur Preisanpassung seien „scharfe Schwerter“ und Instrumente, „die wir noch nicht nutzen wollen“, sagte Habeck. Mit der Gesetzesnovelle wird aber die Voraussetzung geschaffen, sie einzusetzen.

Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) warnt vor Folgen von Gasmangelgelegen im Winter für Arbeitnehmer. Er gehe davon aus, dass zahlreiche Unternehmen, die Gas für ihre Produktion brauchen, dann ihren Betrieb einstellen müssten. „Da geht es im Ernstfall um Tausende von Arbeitsplätzen“. AFP/dpa

Kommentar

Dem Land droht massiver Mangel bei Betreuung

Eine Studie sieht große Defizite, der Ministerpräsident verweist auf ein aufgestocktes Studienangebot.

STUTTGART. Für den Ausbau der Betreuung an Grundschulen fehlen Baden-Württemberg nach einer Studie der Bertelsmann-Stiftung bis 2030 zwischen 6000 und 12 400 Betreuer. Verbände und Gewerkschaften im Land reagierten mit der Forderung nach einer Fachkräfteoffensive auf die Untersuchung. Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) verwies darauf, dass an den Pädagogischen Hochschulen bereits neue Studienplätze aufgebaut würden.

Der Regierungschef sieht die Personallücke aber vor allem in der demografischen Entwicklung begründet: „Wo ich hinkomme, in jeder Branche gibt es Fachkräftemangel.“ Hoffnung auf eine schnelle Lösung des Problems machte er nicht. „Zaubern können wir nicht“, sagte Kretschmann. luß

Kommentar

Versorger sind die neuen Banken

Wenn große Energieunternehmen angesichts der Gaskrise zu kollabieren drohen, muss der Staat sie retten.

VON THORSTEN KNUF

In Politik und Wirtschaft wird in diesen Wochen wieder häufig an das Lehman-Debakel erinnert. Im Jahr 2008 war die US-Investmentbank Lehman Brothers kollabiert und brachte zahlreiche Kreditinstitute ins Wanken, die die Staaten mit gigantischen Milliardensummen retten mussten.

Nun werden Parallelen dazu gezogen wegen der stark reduzierten Gaslieferungen nach Deutschland im Zuge von Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine. Der Energiekonzern Uniper, hierzulande der größte Gashändler, ist in Schieflage geraten und bittet den Staat um Hilfe. Die Regierungskoalition in Berlin ändert unter Hochdruck das Energiesicherungsgesetz. Unter anderem soll ein Staatseinstieg bei Energieunternehmen möglich werden. Fällt Uniper um, können Stadtwerke und Regionalversorger folgen. Es geht um die Sicherheit der deutschen Energieversorgung insgesamt.

So gesehen sind große Energieunternehmen die neuen Banken. Man muss sie nicht mögen. Aber sie sind systemrelevant. Der Staat kann gar nicht anders, als sie notfalls zu retten. Es müssen aber klare Regeln gelten. Steigt der Staat ein, muss er sich auch wieder zurückziehen und seine Anteile möglichst gewinnbringend am Markt veräußern, sobald die Umstände das zulassen.

Und: Hilfen gibt es nur gegen die Zusage, dass das Unternehmen so schnell wie möglich die fossilen Energien hinter sich lässt und sich ganz der Energiewende verschreibt.

Britische Minister treten zurück

LONDON. Aus Protest gegen die Amtsführung des britischen Premierministers Boris Johnson reichten Finanzminister Rishi Sunak und Gesundheitsminister Sajid Javid nach einer Reihe von Skandalen innerhalb der Regierung und der konservativen Tory-Partei ihren Rücktritt ein. Ihm sei „klar, dass sich die Situation unter Ihrer Führung nicht ändern wird, und Sie haben deshalb mein Vertrauen verloren“, betonte Gesundheitsminister Javid in seinem Rücktrittsschreiben an Johnson. Die Öffentlichkeit erwarte „zu Recht, dass die Regierung ordentlich, kompetent und seriös geführt wird“, schrieb Finanzminister Sunak. „Ich glaube, dass diese Standards es wert sind für sie zu kämpfen, und deshalb trete ich zurück.“ AFP